PB.Z-01-742-2

Kapitel 5: Zusammen leben

46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Konstantin von Notz (KV Herzogtum Lauenburg)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 742 bis 751:
~~Ein starker, demokratischer Rechtsstaat kann gleichzeitig Sicherheit gewährleisten und Freiheit bewahren. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt, statt die Bevölkerung mit pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Zukünftige Sicherheitsgesetze müssen auf valider Empirie beruhen und verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend beachten. Statt pauschaler, anlassloser Vorratsdatenspeicherung und genereller Backdoors für Sicherheitsbehörden oder Staatstrojaner für Geheimdienste wollen wir es der Polizei ermöglichen, technische Geräte anhand einer rechtsstaatlich ausgestalteten Quellen-TKÜ zielgerichtet zu infiltrieren. Zudem soll eine Meldepflicht für Sicherheitslücken eingeführt werden.~~

Gerade in Krisenzeiten gilt: Ein starker, demokratischer Rechtsstaat muss Sicherheit gewährleisten und gleichzeitig unsere Demokratie konstituierende Freiheitsrechte zwingend wahren. Den ständigen Abbau von Freiheitsrechten und unsere Sicherheit gefährdende Symboldebatten können wir uns angesichts vielfältiger Angriffe auf unsere Demokratie schlicht nicht leisten. Wir stehen für eine rationale Sicherheits- und Kriminalpolitik, die konkrete Gefahren anlassbezogen und zielgerichtet abwehrt, statt die Bevölkerung mit pauschaler Massenüberwachung unter Generalverdacht zu stellen. Auch und gerade im Sinne der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Sicherheitsbehörden brauchen wir mehr Transparenz und Kontrolle sowie klare, verfassungskonforme Rechtsgrundlagen und Ermittlungsinstrumente. So erhöhen wir Sicherheit effektiv und sorgen für dringend benötigtes Vertrauen in ihre wichtige Arbeit. Wir brauchen eine Überwachungsgesamtrechnung, die lauifend fortgeführt wird. Sicherheitsgesetze müssen auf den Prüfstand und zukünftig auf valider Empirie beruhen sowie verfassungsrechtliche Vorgaben zwingend beachten. Statt vielfach gescheiterte Instrumente und Forderungen aus der Mottenkiste der Sicherheitspolitik wie der pauschalen, anlasslosen Vorratsdatenspeicherung oder auf die Allgemeinheit abzielende, die IT-Sicherheit massiv gefährdende genereller Hintertüren in digitalen Geräten und Anwendungen, brauchen wir gute, solide und vor allem zielgerichtete Polizeiarbeit auf klaren Rechtsgrundlagen und unter strenger Beachtung verfassungsrechtlicher Vorgaben. Bezüglich der seit Jahren rechtswidrig im Einsatz befindlichen sogenannten "Quellen-Telekommunikationsüberwachung" setzen wir uns für die zwingende Beachtung der Rechtsprechung des Bundesverfasungsgerichts ein. Die Ausweitung hochumstrittener Instrumente wie der Quelen-TKÜ und der Online-Durchsuchung auf den nachrichtendienstlichen Bereich lehnen wir klar ab. Den staatlichen Handel mit und die Nutzung nicht gemeldeter Sicherheitslücken wollen wir beenden und stattdessen ein System zu Meldung für diese einführen.

Begründung

Wir konretisieren unsere Position bezüglich der Notwendigkeit der zielgerichteten Abwehr konkreter Gefahren und ziehen klare, rechtsstaatliche rote Linien.

weitere Antragsteller*innen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Burkhard Peters (KV Herzogtum Lauenburg); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Katharina Schulze (KV München); Wilko Zicht (KV Bremen-Ost); Yvonne Plaul (KV Lübeck); Peter Schaar (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Birgitta Brunner (KV Herzogtum Lauenburg); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Rasmus Andresen (KV Flensburg); Marion Gehrke (KV Harburg-Land); Klaus Müller (KV Berlin-Mitte); Renate Künast (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bernhard Ziegler (KV Frankfurt-Oder); Martin Wolf (KV Miesbach); Aminata Touré (KV Neumünster); Lasse Petersdotter (KV Kiel); Stefan Gelbhaar (KV Berlin-Pankow); Tabea Rößner (KV Mainz); Malte-Jannik Krüger (KV Steinburg); Marcel Ernst (KV Göttingen); Johanna Mellentin (KV Fürstenfeldbruck); Benjamin Stukenberg (KV Stormarn); Margarete Prowe (KV Hamburg-Altona); Stephanie Bethmann (KV Rhein-Erft-Kreis); Benjamin Adjei (KV München); Philip Rangel (KV Hamburg-Altona); Mustafa Kemal Öztürk (KV Bremen-Mitte); Markus Drenger (KV Bonn); Robert Helling (KV München); Jennifer Jasberg (KV Hamburg-Bergedorf); David Mohr (KV Bremen-Mitte); Klaus-Christian Kalkhoff (KV Rendsburg-Eckernförde); Arnhilt Kuder (KV Heidelberg); Sina Aylin Demirhan (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jan Koriath (KV Hamburg-Eimsbüttel); Marie Heymann (KV Hamburg-Altona)